

Vorlagennummer: Dez. I/0037/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 10.06.2025

Einladung ehemaliger jüdischer Mitbürger*innen und ihrer Nachfahren

Vorlageart: Entscheidungsvorlage
Federführende Dienststelle: Dezernat I
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von: Dez. I

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.06.2025	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, ein wissenschaftliches Projekt zu initiieren, das die Familiengeschichte der Nachfahren der von dem NS-Terrorregime vertriebenen und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger Aachens nachzeichnet. Ziel des Projektes ist es, in Anlehnung an die Konzeption des Aachen Besuchs von 1992, die durch das Nazi-Regime verfolgten noch lebenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger Aachens und ihre direkten Nachfahren nach Aachen einzuladen.

Das Projekt ist auf einen Zeitraum von einem Jahr angelegt und soll in Kooperation mit dem Historischen Institut der RWTH Aachen erfolgen. Die für die Recherche anfallenden (Personal-)Kosten sind dem Institut im Rahmen einer Förderung zu erstatten. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Recherche werden dem Rat der Stadt Aachen vorgestellt.

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung darüber hinaus, eine Gruppe Jugendlicher und junger Menschen aus Israel nach Aachen einzuladen. Die Organisation der Einladung soll in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinschaft und dem Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

	JA	NEIN	
	X		

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Folge-kosten (alt)	Folge-kosten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Die benötigten Haushaltsmittel werden im Zuge der weiteren Konkretisierung der Maßnahme beziffert und in die Haushaltsplanung 2026 eingebracht werden.

Klimarelevanz:**Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung** (in den freien Feldern ankreuzen)Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
			X

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			X

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
			X

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	☐	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	☐	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	☐	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	☐	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	☐	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	☐	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine **Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen** erfolgt:

☐	vollständig
☐	überwiegend (50% - 99%)
☐	teilweise (1% - 49 %)
☐	nicht
☐	nicht bekannt

Erläuterungen:

Mit interfraktionellem Ratsantrag vom 06. Dezember 2023 haben die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, SPD, DIE Zukunft, FDP und DIE LINKE beantragt, die durch das NS-Terrorregime verfolgten noch lebenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger Aachens und ihre direkten Nachfahren nach Aachen einzuladen und dabei der Konzeption des aufwendig organisierten Aachen-Besuchs aus dem Jahr 1992 zu folgen. Die Einladung soll einen Beitrag des Kennenlernens und des Widerstands gegen Antisemitismus in Aachen und in Deutschland leisten.

Die Erinnerung an die Verbrechen des Holocaust und die Auseinandersetzung mit dem Terror des Nationalsozialismus ist eine wichtige Quelle der deutschen Demokratie und der Beziehung zum Staat Israel. Dieses Gedenken hat die Aufgabe zu verhindern, dass sich die Verbrechen des Holocaust wiederholen. Zur Erinnerungskultur gehört aber nicht nur die Erinnerung an die Verbrechen, sondern auch an die Vielfalt des jüdischen Lebens, das Deutschland über Jahrhunderte bedeutend mitgeprägt hat.

Die Berichte von Zeitzeugen und Überlebenden sind ein integraler Bestandteil deutscher Erinnerungskultur. Es waren stets Menschen wie die engagierte Berliner Ehrenbürgerin Margot Friedländer, welche die Verknüpfung der Vergangenheit mit der Gegenwart hergestellt haben. Über 30 Jahre nach dem Besuch jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Aachen steht die deutsche Erinnerungskultur vor wachsenden Herausforderungen. Was muss Erinnerungskultur im 21. Jahrhundert leisten? Und wie schaffen wir aktuelle Bezüge, wenn uns keine Überlebenden mit ihren authentischen Berichten und bewegenden Schilderungen mehr gegenüberstehen? Diese Fragen sind Teil einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über die Ausrichtung der Erinnerungskultur in Deutschland, die einer Antwort bedürfen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den interfraktionellen Antrag im ersten Schritt auf ein wissenschaftliches Fundament zu stellen. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit dem Historischen Institut der RWTH Aachen und dem Aachener Stadtarchiv ein wissenschaftliches Projekt zu initiieren, das die Nachfahren der verfolgten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger Aachens recherchiert. Diese wissenschaftliche Recherche soll Teil einer Dissertation am Historischen Institut der RWTH Aachen sein. Die Ergebnisse der Recherche sollen dem Rat der Stadt Aachen nach Ablauf eines Jahres vorgestellt werden und bilden die Grundlage für die weitere Einbettung im Rahmen der Erinnerungskultur.

Die Stadt Aachen unterstützt das Historische Institut über eine Förderung bei der Finanzierung der für die Arbeit anfallenden (Personal-)Kosten. Eine entsprechende Vereinbarung über Umfang und Inhalt der Kooperation mit dem Historischen Institut ist entsprechend auszuarbeiten.

Gleichzeitig würde die Verwaltung den wichtigen Aspekt des persönlichen Austauschs schon vor Abschluss der wissenschaftlichen Recherche aufgreifen und eine Gruppe von Jugendlichen und jungen Menschen aus Israel nach Aachen einladen. Anknüpfungspunkt für den Austausch im Jahr 2025-2026 könnte das 30. Jubiläum des Neubaus der Aachener Synagoge im Jahr 2025 am historischen Standort sein. Bestehende Partnerschaften und Austauschformate sind zu berücksichtigen. Bei der Organisation des Austauschs ist die Jüdische Gemeinde, das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel und ggfs. die israelische Botschaft einzubinden.

Anlage/n:

1 - RA_396_18_GRÜNE+CDU+SPD+ZUKUNFT+FDP+LINKE Einladung ehemalige jüdische Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aachen (öffentlich)

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Frau Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

0 6. Dez. 2023

Nr. 396/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne	0241 / 432 -7217
CDU	0241 / 432 -7211
SPD	0241 / 432 -7215
Zukunft	0241 / 432 -7266
FDP	0241 / 432 -7224
Linke	0241 / 432 -7244

Aachen, den 06.12.2023

Ratsantrag

Einladung der ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aachen und ihrer Nachfahren

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die demokratischen Fraktionen im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt Aachen nachstehenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt, die durch das Nazi-Regime verfolgten noch lebenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger Aachens und ihre direkten Nachfahren nach Aachen einzuladen. Die Einladung soll der Konzeption des Aachen-Besuchs von 1992 folgen, allerdings um den Kreis der Kinder und Enkelkinder erweitert werden.

Begründung:

Die Wege gegen das Vergessen sind Wege für immer und müssen gegangen werden in einer Zeit, in der es immer weniger Zeitzeugen des unbeschreiblichen Verbrechens an unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gibt.

Wir wollen daher einen Beitrag zur Verbindung der Generationen leisten, einen Beitrag des Kennenlernens und des Widerstands gegen Antisemitismus in Aachen und in unserem Land.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Schaadt

Sprecher GRÜNE Fraktion



Iris Lürken

Vorsitzende CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



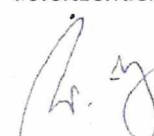
Dirk Szagunn

Sprecher Fraktion Die Zukunft



Leo Deumens

Vorsitzender Fraktion Die LINKE



Wilhelm Helg

Vorsitzender FDP-Fraktion